

kleinere Gemeinden mit niedrigen Steuereinnahmen pro Kopf besser unterstützen. Nägele verwies auf verschiedene Umstände, unter anderem Nachteile bei der Unterstützung und Projektierung bei kleineren Gemeinden, eine blockierte Industrialisierung und auf das Machtverhältnis zwischen Staat und Gemeinden: „Wenn wir den auf politischer Bühne manchmal etwas strapazierten Begriff „Gemeindeautonomie“ zu Wort kommen lassen, so kann gesagt werden, durch das finanzielle Uebergewicht des Staates verstärkt sich erfahrungsgemäss die Tendenz zur zunehmenden Machtkonzentration bei der Staatsverwaltung, nämlich nach dem Grundsatz: Wer zahlt, befiehlt.“<sup>239</sup> Der Lösungsvorschlag der VU ging dahin, die Verteilung der Warenumsatzsteuer zwischen den Gemeinden zugunsten der Benachteiligten zu verändern. Man bezog sich auch auf das Budget. Die notwendigen Mittel seien vorhanden: „Aus den Landesrechnungen der letzten Jahren ergibt sich, dass die im jeweiligen Budget erscheinenden Einnahmen aus den Titeln Post und Abgaben sehr vorsichtig veranschlagt wurden. Die effektiven Einnahmen aus diesen Titeln waren immer erheblich grösser.“<sup>240</sup>

Nägele verwies auf den Eklat während der Budgetsitzung von 1968, als man den Vorschlag zum ersten Mal einbrachte. Er kritisierte offen die Regierung, versuchte dennoch sachlich zu bleiben. Danach wandte sich Karlheinz Ritter (VU) an den Landtag, kritisierte den Gegenvorschlag der Regierung und verteidigte den eigenen. Die Parlamentarier folgten der Position ihrer Partei. Die Diskussion blieb sachlich, wenn auch einige Teilnehmer bildlicher wurden. Georg Malin meinte: „Wir haben nicht einfach einmal nun eine Burgunderbeute auszuteilen, sondern alle Einnahmen und alle diese Ausgaben wiederholen sich mit allen Risiken jährlich.“<sup>241</sup>

Man war sich einig, dass man den Ausgleich verbessern könne und es verschiedene Wege dafür gebe. Sowohl für den Initiativevorschlag als auch den Gegenvorschlag gebe es Gründe, hiess es im Landtag. Franz Beck zeichnete seine Position für die Partei und betonte, dass der Vorstoss für Verbesserungen von der VU kam und nicht von der Regierung. Georg Malin und Peter Marxer, als Politiker der FBP, bezogen Stellung für die Regierung.

Die Stellungnahme des Regierungschefs war umfangreich. Auch er begann sein Votum mit einem Bild: „Wenn man von zwei Obstgärten einen abgibt, sollte man nicht darüber streiten, welcher nun abgegeben wird und über ein paar Bäume streiten, wenn Gründe

---

<sup>239</sup> Ltp vom 23.5.69, S. 124.

<sup>240</sup> Ltp vom 23.5.69, S. 125.

<sup>241</sup> Ltp vom 23.5.69, S. 127.